

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 32 (1991)
Heft: 14

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

IN KÜRZE

Aus der Sowjetpresse

Bei der Durchsicht der Sowjetpresse ist manches zu vermerken, was nicht in die Schlagzeilen kommt. Hier ein paar Hinweise.

Meinungen im Wandel

Eine Umkehrung der Mehrheit hat innerhalb eines Jahres in der Einstellung zum Privateigentum (an Produktionsmitteln) stattgefunden. 1989 assoziierten 42 % der Befragten den Begriff negativ, und nur 31 % assoziierten ihn positiv. Aber schon 1990 sah das anders aus. Nunmehr bewerteten 44 % das Privateigentum positiv, und nur 26 % bewerteten es negativ. («Woprossi ekonomiki».) Dabei hatten gerade in dieser Periode die öffentlichen Klagen über privates Spekulantentum usw. gewaltig zugenommen. Aber offenbar kam es bei der Bevölkerung nicht zum befürchteten Backlash. Die Leute finden die halbe Entstaatlichung nicht zu viel, sondern zu wenig.

Was beunruhigt die Sowjetbevölkerung? Eine Umfrage des Unionszentrums zur Untersuchung der öffentlichen Meinung hat eine interessante Reihenfolge ermittelt.

Lebensmittel- und Warenmangel: 60 %;
ökologische Situation: 20 %;
nationale Konflikte: 15 %;
Zerfall der Sowjetunion: 11 %;
Abkehr vom Sozialismus: 3 %.

Völlig verblüffend sind die beiden letzten Angaben. Die Hauptanliegen der Unions- und Systembewahrer werden nur von einer kleinen bis winzigen Minderheit unterstützt. Auch zeigt sich so der Graben zwischen dem Obersten Sowjet der SU und der Bevölkerungsmehrheit.

Die später veröffentlichten offiziellen Ergebnisse der russischen Präsidentschaftswahlen machen den Wahlsieg von Boris Jelzin noch deutlicher, als zuvor angenommen: Jelzin 57,3 %, Ryschkow 16,85 %, Schirinowski 7,81 %, Tulejew 6,81 %, Makaschow 3,74 % und Bakatin 3,42 %. Das unterstreicht noch die Deutung, die Wjatscheslaw Daschitschew (siehe letzte Nummer) den Wahlen gab.

Privatisierung

Das gesamtsovietische Parlament hat in den letzten Junitagen ein Gesetz über die Privatisierung von Staatsbetrieben (mit Ausnahme von Schlüsselindustrien) angenommen und will ein Privatisierungsministerium auf die Beine stellen. Das ist ein Durchbruch, wenn auch ein verspäteter, denn die meisten Republiken sind da schon weiter und werden auf die Nachzüglerregelungen des Zentrums nicht zurückkommen.

Die Russische Föderation hat Kohlengruben und andere Schlüsselindustrien von der UdSSR übernommen und gewährt auch diesen Betrieben volle Unabhängigkeit in der Wahl der Eigentumsform, einschliesslich der allfälligen Privatisierung zum Beispiel via Belegschaftseigentum.

Die russische Regierung will jedem Bürger der Republik ein Startkapital von 10 000 Rubel zum Ankauf von Aktien, Boden- oder Wohneigentum zur Verfügung stellen. 10 000 Rubel sind im freien Tausch nur 1000 Franken wert, stellen aber doch gut 30 Monatslöhne eines Arbeiters dar.

Die Autonome Republik der Tschuktschen (in Russland) führt eine eigene Bodenreform durch. In deren Rahmen gestattet sie den Einheimischen, Grund und Boden für ihr traditionelles Gewerbe von Fischerei, Jagd und Rentierzucht zu reservieren.

Der Stadtrat von Leningrad hat ein unabhängiges Radio- und Fernsehunternehmen als Aktiengesellschaft gegründet. Das ist natürlich auch ein politischer Schritt gegen staatliche Zensurmassnahmen, wie sie im Moskauer Fernsehen wieder verstärkt zum Ausdruck kamen.

Das Gebiet Nowgorod (Russland) hat den Status einer freien Wirtschaftszone erhalten. Hier fallen anderweitige Auflagen für das private Unternehmertum dahin.

Kaschstan hat seinerseits kurz vor der UdSSR ein Gesetz über die Entstaatlichung und die Privatisierung des Eigentums angenommen. In Weissrussland ist die Übergabe

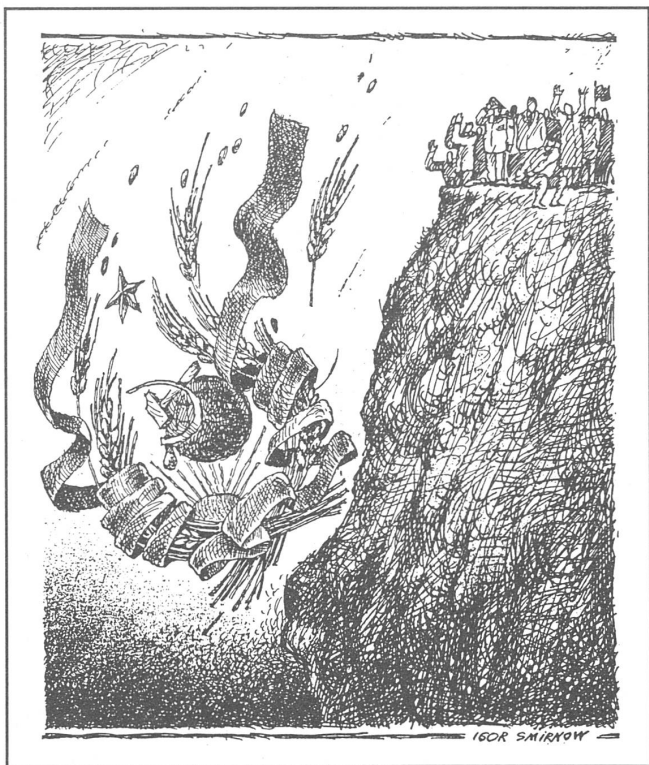
von Land an die Bauern vorgesehen, aber die Praxis sieht so aus: 350 Interessenten wurden berücksichtigt, 20 000 andere nicht. Deshalb hat ein «Kongress landloser Bauern Bjeloruslands» die Ausschreibung neuer Parlamentswahlen gefordert.

Im Baltikum läuft die Privatisierung schon längst, aber dort hat man noch zusätzliche Probleme à la Osteuropa mit der Reprivatisierung. Man anerkennt das Prinzip der Rückerstattung an frühere Eigentümer, die oft im Ausland leben. In Lettland sind 30 000 Ansprüche insbesondere auf Wohneigentum und insbesondere von Emigranten angemeldet worden. Angesichts der Wohnungsnot schafft das böses Blut.

Die Systembewahrer sind aus Prinzip gegen die Privatisierung, aber das hindert sie in keiner Weise daran, als privilegierte Personen illegalen Profit daraus zu ziehen. Eine Untersuchungskommission des Obersten Sowjets der UdSSR hat über die häufigsten Unregelmässigkeiten beim Verkauf von Staatseigentum, insbesondere von Ferienhäusern, an Private berichtet. Parteifunktionäre und höhere Militärs kommen dank ihrer Stellung zu Spottpreisen in den Besitz der ausgeschriebenen Objekte.



Wir sind alle für die Perestrojka.
(«Ogonjok», Moskau, Nr. 1/1991)



Der Zerfall von Union und Sozialismus berührt die meisten Leute wenig. (Karikatur «Moskowskije Nowosti», Nr. 12/1990)

Die Souveränen

Russland macht Ernst mit seinem Anspruch auf eigene Aussenpolitik. Die ersten diplomatischen Vertreter der RSFSR nehmen demnächst in London ihre Arbeit auf. Sie amtieren in der Botschaft der UdSSR, werden aber von der RSFSR bezahlt. Bis zum Herbst dieses Jahres sollen Vertreter des russischen Aussenministeriums bereits in rund 20 Ländern tätig sein. (Und wenn erst einmal beim Berner Neujahrsempfang sowohl der Botschafter Russlands als auch der Botschafter der Sowjetunion vorkommen, wird man auch hierzulande aufhören, die beiden Dinge zu verwechseln.)

Russland stellt auch ein eigenes Komitee für Staatssicherheit auf die Beine. Mit dem sowjetischen KGB kam es darüber bereits im Mai zu einer grundsätzlichen Verständigung.

Der ukrainische Ministerpräsident hat sowjetische Unternehmen der Jurisdiktion seiner Republik unterstellt, weil die sowjetischen Ministerien die Einnahmen der betreffenden Betriebe nach Moskau geleitet hatten.

Schon im Mai hatte die ukrainische Regierung beschlossen, dass ukrainische Sowjetsoldaten nur mit ihrem schriftlichen Einver-

ständnis zum Dienst ausserhalb ihrer Republik verpflichtet werden dürften. Georgien seinerseits stellt es den Rekruten frei, ihren Wehrdienst entweder in der Sowjetarmee oder in georgischen Nationalgarden zu leisten. Die georgischen Jugendlichen wählen in ihrer überwiegenden Mehrheit die zweite Möglichkeit. (Die Sowjetführung, die im Falle Litauens die sowjetische Dienstverpflichtung mit Einsatz von bewaffneter Gewalt durchsetzen wollte, lässt sich das georgische Vorgehen bis jetzt gefallen.)

Dafür beginnt das sowjetische Verteidigungsministerium mit der Rekrutierung von Freiwilligen für den Einsatz in «heissen Punkten» der Union. Anreize sind mehrfach höherer Sold, Urlaubsmöglichkeiten und eine fixe Entschädigung. ■

DER KOMMENTAR

In der letzten Nummer hatte Wjatscheslaw Daschtschew für die Sowjetunion die Vereinigung der demokratischen Kräfte zu einer Massenpartei gefordert, welche mit der immer noch instrumentenreichen KPdSU den Wettbewerb um die Macht anzutreten vermöchte. Zum Anlauf dazu ist es jetzt gekommen.

Auf Initiative des ehemaligen Aussenministers Eduard Schewardnadse haben die Exponenten der demokratischen Bewegung beschlossen, im Herbst eine unionsweite Oppositionspartei zu gründen, als neues Gewicht und als taugliches Gegengewicht zu den partei gebundenen Funktionären im Apparat. Schewardnadse selbst ist aus der Partei ausgetreten, als diese ihn zu einem Überprüfungsverfahren bestellte.

Das ist der Weg, den immer mehr Reformkommunisten beschreiten. Sie geben die Hoffnung auf, die KPdSU von innen her erneuern zu können und setzen auf die Alternative von aussen. Der qualitative Auszug lässt die Partei in einem Zustand der Stagnation zurück, in welchem die sogenannten konservativen Kräfte sich sammeln, wiewohl der Generalsekretär die Perestrojka auch mit diesem Instrument weiterführen will. Er hat übrigens das Vereinigungsvorhaben der demokratischen Opposition begrüsst. Mit ihrer Hilfe hofft er, der restaurierenden Opposition der Apparatschiki auf der andern Seite im letzten Moment noch Beine machen zu können. Vielleicht ist der Zeitpunkt dafür schon verpasst, aber auf jeden Fall hat die politische Szene einen neuen Grossimpuls erhalten.

Geht die Entwicklung in Richtung auf ein neues Zweiparteiensystem? Zweifellos sehen die namhaftesten Exponenten der demokratischen Bewegung das so. Manche von ihnen gehörten vor einem Jahr noch Gorbatschows Präsidialrat an, und das sind Leute, die tatsächlich in unionsweiten Kategorien denken, was auch auf Schewardnadse selbst zutrifft. Aber für eine unionsweite Opposition braucht es weiterhin die Union, und viele alternative Kräfte in den einzelnen Republiken meinen es anders.

In der Frage der Unionserhaltung scheiden sich die Geister auch in der Opposition, und was von der UdSSR übrig bleiben wird, wenn der erhoffte Unionsvertrag in Kraft tritt, bleibt offen. Das ist die Schicksalsfrage sowohl für die Systembewahrer als auch für ihre Gegenspieler, und bis dahin gibt es nur Zwischenlösungen.

Christian Brügger